

15.12.2012

Unterricht: Minister Paasch weist Kritik an Lehrergehältern zurück

420 Euro pro Monat mehr in fünf Jahren



Von Boris Cremer

Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) hat am Donnerstag im Parlament auf die zwei Tage zuvor von der CSP formulierten Kritik an den Lehrergehältern reagiert.

In ihrer Intervention hatte die CSP-Parlamentarierin Patricia Creutz-Vilvoye (s. GE vom vergangenen Mittwoch) erklärt: „Wir akzeptieren nicht, wenn wegen der schwierigen Finanzlage denen das Gehalt gekürzt wird, die sich um die Ausbildung unserer Kinder kümmern.“ Laut einer internationalen Vergleichsstudie, so Creutz, verdienten Lehrer in Flandern und in der Französischen Gemeinschaft „allgemein über vier bis fünf Prozent mehr als ihre deutschsprachigen Kollegen.“

Am Donnerstag entgegnete Paasch: „Ja, es gibt Gehaltsunterschiede im Vergleich zu den beiden anderen Gemeinschaften. Aber die Unterschiede sind nicht so groß, wie Frau Creutz behauptet hat.“ Paasch führte ein Gegenbeispiel an. So verdiene eine Lehrperson mit Universitätsdiplom, die in der Unterstufe des Sekundarschulwesens unterrichte, in der DG 26% mehr als in der Französischen Gemeinschaft. Paasch verwies vor allem auf die Erhöhung der Einstiegsgehälter um zehn Prozent, die 2014 voll in Kraft treten werden: „Die DG wird im innerbelgischen Vergleich nicht mehr die niedrigsten Einstiegsgehälter zahlen, sondern die höchsten.“ Dies werde dazu führen, dass ein Berufseinsteiger ab 2014, auf seine gesamte Laufbahn betrachtet, nirgendwo in Belgien so viel verdienen werde wie in der DG.

Mehr Geld für Bildung als Flandern und Französische Gemeinschaft

Paasch nannte weitere Privilegien der Lehrer in der DG: Altersteilzeit, unbefristeter Vertrag nach 720 Arbeitstagen, kleinere Klassengrößen als in den anderen Gemeinschaften, moderne Schulbauten usw. Weder Flandern noch die Französische Gemeinschaft investierten im Proporz so viel Geld in Bildung wie die DG. In Bezug auf die Löhne im Unterrichtswesen von einer anstehenden „harten Lohnkürzung“ zu sprechen, sei eine „dreiste Verdrehung der Tatsachen“, so Paasch. „Der Arbeitgeberverband in der DG hat diese Sparmaßnahmen ausdrücklich als vorbildlich für unser Land gelobt. Die einzigen, die dieses Sparpaket als

‚erbärmlich‘ und als ‚Unverschämtheit‘ bezeichnen, sind nicht die Betroffenen selbst, sondern einige Oppositionspolitiker im Parlament.“ Dies zeuge nicht gerade von „staatspolitischem Verantwortungsbewusstsein“. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst würden im Jahr 2013 nicht weniger, sondern mehr verdienen als heute, und im Jahr 2014 mehr verdienen als 2013. „Ein heute 40-jähriger alleinstehender Lehrer mit Masterabschluss und 17 Dienstjahren verdient heute genau 2472 Euro netto im Monat. In zwei Jahren wird er trotz Krisendekret voraussichtlich 2623 Euro netto verdienen, in fünf Jahren voraussichtlich knapp 2900 Euro.“ Sein monatliches Nettogehalt steige also trotz Krisendekret innerhalb von fünf Jahren um 420 Euro netto pro Monat, so Paasch. „Solche Gehaltssteigerungen werden Sie nirgendwo, ich betone nirgendwo in der privaten Wirtschaft finden. Schon gar nicht in Krisenzeiten.“